

«Mich pfeift gar niemand zurück»

WIEN Am Sonntag wählt Österreich. ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz hat gute Chancen, Kanzler zu werden. Der 31-Jährige lässt keine Zweifel daran, dass er im Falle eines Sieges einen harten Migrationskurs fahren wird.

«Wo ein Wille, da ein Weg», rief Sebastian Kurz den 10 000 Anhängern der konservativen ÖVP in der Wiener Stadthalle zu. «Mich pfeift gar niemand zurück, keine Sorge», wies er im TV-Duell mit Kanzler Christian Kern von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs dessen Unterstellung zurück, er werde mächtige ÖVP-nahe Interessensvereinigungen wie die Wirtschaftskammer nicht auf eine neue Linie bringen. ÖVP-Spitzenkandidat Kurz hat eine Mission, die er mit einem Wort beschreibt: «Veränderung». Mit der bisherigen «Weiter so»-Linie der deutschen Kanzlerin von der CDU hat der

«Es kann nicht sein, dass anerkannte Flüchtlinge in Österreich die volle Mindestsicherung bekommen.»

Sebastian Kurz

31-jährige Aussenminister wenig gemein. Im Fall eines Sieges bei der Wahl am 15. Oktober will er in Österreich in der Sozialpolitik Weichen stellen, international für eine schlanke EU und eine Antiflüchtlingspolitik werben.

Kritik an Familienhilfen

Der kleine Nachbar könnte so im grossen Deutschland für eine Belebung der Debatten sorgen. Eine Politik, die nationales Interesse betont, käme nicht vom rechten Rand, sondern federführend aus der bürgerlichen Mitte.

Im Umgang mit Flüchtlingen und Migranten will Kurz dabei besondere Zeichen setzen: Wenn er vom «Nachschärfen der Sozialsysteme» spricht, meint er drastische Leistungskürzungen für Zuwanderer. Das fängt bei der Familienbeihilfe an. Familien aus EU-Staaten wie aus Bulgarien



Zeigt das Wahlplakat den Sieger? Sebastian Kurz ist nach Umfragen der Favorit auf das Kanzleramt.

und Rumänien erhalten auch für ihre noch in der Heimat lebenden Kinder den österreichischen Regelsatz. Nach seiner Rechnung werden so 300 Millionen Euro ins Ausland überwiesen, obwohl die Lebenshaltungskosten in Rumänien und Bulgarien viel niedriger seien.

Ein Dorn im Auge sind dem ÖVP-Chef vor allem die Leistungen für die Asylbewerber. «Es kann nicht sein, dass anerkannte Flüchtlinge in Österreich die volle Mindestsicherung bekommen», sagte er dem Magazin «News». Eine Familie mit vier Kindern erhalte in Wien rund 2500 Euro netto im Monat, rechnete er vor. Diesen Betrag will die ÖVP landesweit auf höchstens 1500 Euro beschränken.

«Schliessen» als Motto

Die islamischen Kindergärten in Wien will Kurz aus Sorge vor «Parallelgesellschaften» schliessen lassen. «Schliessen», das ist auch aussenpolitisch eines seiner Lieblingswörter. Das fing mit der Balkanroute an und soll mit der Mittelmeerroute nicht enden. Der ÖVP-Ansatz ist generell gemeint: Kein illegaler Migrant soll mehr europäischen Boden betreten dürfen. Hier ist die ÖVP-Linie fast deckungsgleich mit jener der rechten Freiheitlichen Partei Österreichs. Beide Parteien können sich sicher sein, die Sorgen der Wähler anzusprechen.

Matthias Röder, dpa

GUTE KARTEN FÜR FPÖ

Nach zehn Jahren Grosser Koalition aus SPÖ und ÖVP gilt eine Neuaufgabe des **rot-schwarzen Bündnisses nach der Wahl als sehr unwahrscheinlich**. Auf einen ÖVP-Sieg deuten alle Umfragen hin: Seit Wochen hält sich die **ÖVP stabil bei etwa 33 Prozent auf Platz eins**. Abgeschlossen duellieren sich SPÖ und FPÖ zwischen 23 und 26 Prozent um Platz zwei. Eine Koalition aus **ÖVP und FPÖ gilt als die wahrscheinlichste Variante**. Gemäss Umfragen wollen 34 Prozent der Österreicher eine **schwarz-blaue Regierung**. In den Wahlprogrammen finden sich viele Überschneidungen, so bei den Themen Migration, Bildung und Sicherheit. sda

In Kürze

BNP PARIBAS

Bank stoppt Deal mit Ölkonzernen

Die französische Grossbank Paribas stoppt die Zusammenarbeit mit Energiekonzern Ö vor allem aus Ölsand- und schiefervorkommen gewinnbringend. Damit solle die Wende hin erneuerbaren Energien unterstützt werden, teilte das Ghaus mit. Auch würden neuen Projekte mehr zum port von Öl und Gas finanz das mit den umstrittenen verfahren gewonnen wurde Bank hatte zuvor die Finanzierung von Kohleminen und kraftwerken auf Eis gelegt

INDIEN

Gericht verstärkt Schutz für Mädc

In Indien soll Sex mit einer derjährigen Ehefrau künftig Vergewaltigung bestraft werden. Dies befand das oberste Gericht des Landes. Das Gericht er in der Hauptstadt Delhi einnahm im Gesetz für verfassungswidrig, wonach ein Mann mit einer Minderjährigen schlechtsverkehr haben darf, lange sie mit ihm verheiratet ist. Anzeiger einer minderjährigen Ehefrau wegen Vergewaltigung soll bis zu einem Jahr nach Tat möglich sein. sda

NORDKOREA

USA lassen ihre Muskeln spielen

Die USA demonstrieren ihre Stärke im Nordkorea flikt: Zwei US-Bomber des B-1B haben am späten Die die koreanische Halbinsel flogen. Kurz davor hatte USident Donald Trump mit zentralmilitärs die «Optionen Konflikt beraten. Es sei da gegangen, wie auf die nord nischen Aggressionen reagieren könne. Das US-Mi bezeichnete den Flug der l Überschallmilitärflugzeug, «Flugübung» in der Nähe Japanschen Meeres. sda

FREIHANDEL

US-Kammer war vor Scheitern

Die US-Handelskammer legen der harten Verhandlung der Regierung von Präsident Donald Trump vor einem rtern der neuen Verhandlung runde über das nordameri sche Freihandelsabkomm warn. Auf dem Verhandlung tisch lägen «mehrere giftig Pillen», die das Aus für das kommen bedeuten könnten te der Präsident der grössten Unternehmensvertretung USA, Thomas Donohue, irko-Stadt. Er kritisierte ins dhere die «unangemessene kussierung Trumps auf da Handelsdefizit mit Mexiko

BURMA

UNO: Halbe Mill Rohingya vertrie

Eine Terrorkampagne mit waltungen, Mord und F hat nach Angaben von UN Menschenrechtsexperten mehr als eine halbe Millio limische Rohingya aus Bu die Flucht zitierten. Die

Rajoy fordert Klarheit und stellt Ultimatum

KATALONIEN Hat Carles Puigdemont nun die Unabhängigkeit Kataloniens ausgerufen oder nicht? Spaniens Premier Rajoy verlangt Klarheit und droht dem Separatisten erneut mit der Entmachtung.

Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy hat eine Vermittlung im Katalonien-Konflikt erneut abgelehnt. Ein Vermittlung «zwischen demokratischem Recht und Ungehorsam, Illegalität» sei nicht möglich, sagte Rajoy am Mittwoch in einer Rede vor dem Parlament in Madrid. Spanien erlebe gerade «einen der schwersten Momente seiner jüngeren Geschichte», betonte Rajoy vor der Abgeordnetenkammer. Die derzeitige Situation sei «beispiel-

che politischen Entscheidungen und schon gar nicht für die Ausrufung der Unabhängigkeit», sagte Rajoy. Es seien weder Transparenz noch Neutralität gewährleistet gewesen.

Rajoy warb gleichzeitig um die Gunst der Katalanen. Sie gehörten zu Spanien, Spanien liebe Katalonien. Aber das Zusammenleben funktioniere nur auf Grundlage der Gesetze, der Rahmen dafür sei die Verfassung.

Der katalanische Regionalpräsident Carles Puigdemont hatte eine Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet, diese aber umgehend für ausgesetzt erklärt. Damit will er nach eigenen Worten einen Dialog mit der Zentralregierung anstossen. Ein katalanischer Regionalpräsident er-

lichkeitssitzung in Madrid beschloss Rajoy's Kabinett am Vormittag eine offizielle Anfrage an Puigdemonts Regierung. Damit setzte er ein Verfahren zum Entzug der katalanischen Autonomie nach Artikel 155 der spanischen Verfassung formell in Gang. «Von der Antwort des Chefs der Regionalregierung

wird abhängen, welche Entscheidungen die Regierung in Madrid in den nächsten Tagen treffen wird», warnte Rajoy.

«Zukunft in den Händen»

Er wolle den Bürgern des Landes «Klarheit und Sicherheit» verschaffen. Puigdemont habe die Chance, «zur Legalität zurückzu-

kehren», und habe jetzt «die Zukunft Kataloniens» in den Händen, sagte der konservative Regierungschef. Spaniens Verfassung sieht die Abspaltung einer Region nicht vor. Eine Unabhängigkeitserklärung wäre nach Auffassung der Zentralregierung ein Rechtsbruch und würde juristische Konsequenzen nach sich ziehen. Puigdemonts «symbolische» Erklärung bewegt sich in einer rechtlichen Grauzone.

Festnahme denkbar

Der Artikel 155 ist in Spanien bisher noch nie angewendet worden. Auch eine Festnahme Puigdemonts ist denkbar. Puigdemont erklärte in einem Interview mit CNN, seine Festnahme wäre «unrechtfertigt und ein Fehler

